
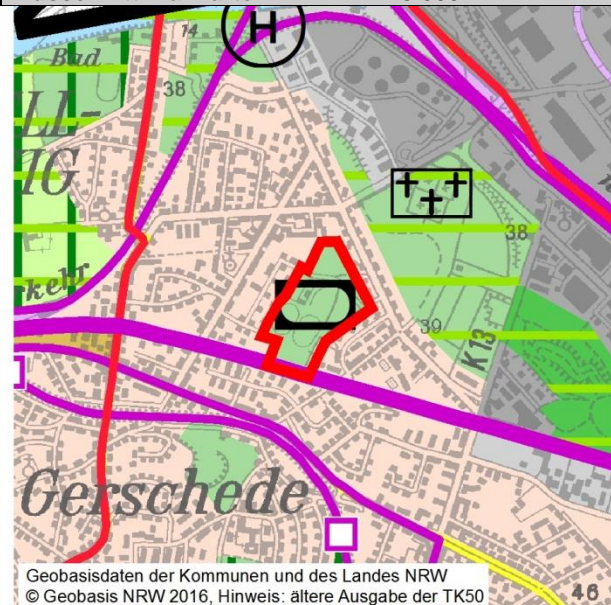



Änderung des RFNP, Teil B der Begründung: Umweltbericht

Änderung-Nr.:		39 E	Gemeinde:	Essen	Lage:	Levinstraße, Ewald-Dutschke-Straße		Flächengröße:	6,3 ha
Realnutzung:		Wohnbauflächen Spiel- und Sportanlagen Grünflächen Wald Sonstige Verkehrsflächen Flächen für Bahnanlagen	0,3 ha 0,3 ha 4,9 ha 0,4 ha 0,3 ha 0,1 ha	RFNP-Darstellung:	Grünflächen / Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche (Punktsignatur Sportanlage)		6,3 ha	RFNP-Änderung	Wohnbauflächen / Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) 6,3 ha
Ausschnitt Realnutzungskartierung M 1 :25.000			Ausschnitt Plankarte RFNP M 1 :25.000			Ausschnitt Plankarte RFNP-Änderung M 1 :25.000			
									
<p>Geobasisdaten der Kommunen und des Landes NRW © Geobasis NRW 2016, Hinweis: ältere Ausgabe der TK50</p>			<p>Geobasisdaten der Kommunen und des Landes NRW © Geobasis NRW 2016, Hinweis: ältere Ausgabe der TK50</p>			<p>Geobasisdaten der Kommunen und des Landes NRW © Geobasis NRW 2016, Hinweis: ältere Ausgabe der TK50</p>			
Veranlassung, Methodik		<p>Die Umweltprüfung erfolgt entsprechend der für den RFNP anzuwendenden rechtlichen Vorgaben des Baugesetzbuches (BauGB) und des Raumordnungsgesetzes (ROG) in der jeweils geltenden Fassung. Des Weiteren sind für die Umweltprüfung die Durchführungsverordnung (DVO) zum Landesplanungsgesetz (LPIG) und entsprechende umweltrelevante Fachgesetze anzuwenden.</p> <p>Gegenstand der Umweltprüfung ist die Ermittlung und Beschreibung der voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter sowie weiteren Umweltbelange durch die Darstellungen und Festlegungen der vorgesehenen RFNP-Änderung. Hierbei ist der Umweltzustand, seine Entwicklung bei Nichtdurchführung sowie bei Durchführung der Planung einschließlich Alternativen bzw. anderweitige Planungsmöglichkeiten zu beurteilen. Die Verpflichtung zur Berücksichtigung von Vermeidung und Ausgleich von Eingriffen in Natur und Landschaft (Eingriffsregelung nach dem Bundesnaturschutzgesetz) gemäß § 1 a Abs. 3 BauGB ist in die Umweltprüfung integriert, ebenso wie die Überprüfung relevanter weiterer Umweltbelange (z.B. FFH- und Artenschutz, Seveso III etc.). Die in Anlage 1 zum BauGB unter 2 b) einschließlich der dort unter den Buchstaben aa)</p>							

	<p>bis hh) aufgeführten Anforderungen werden - sofern zutreffend und für diese Planungsebene relevant - einzelfallbezogen jeweils bei den einzelnen Schutzgütern mit abgehandelt.</p> <p>Die Umweltprüfung der vorliegenden Änderung des RFNP erfolgt auf der Grundlage einheitlicher Bewertungskriterien und Datengrundlagen, die im Rahmen der Aufstellung des RFNP entwickelt und bei Bedarf fortgeschrieben werden. Die Inhalte und Ergebnisse der Umweltprüfung werden in diesem Umweltbericht, der Bestandteil der Begründung zur RFNP-Änderung ist, steckbriefartig dokumentiert.</p> <p>Zur Vorbereitung der Umweltprüfung wurde ein sog. Scoping zur Abstimmung des Umfangs und des Detaillierungsgrades der Umweltprüfung mit den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange sowie Personen des Privatrechts durchgeführt (schriftlich, 20.11. bis 20.12.2018). Die hier gegebenen Anregungen haben - soweit sinnvoll und möglich - Eingang in die Umweltprüfung bezüglich des Untersuchungsrahmens bzw. -umfangs sowie bei der Festlegung des Untersuchungsraumes gefunden. Der Untersuchungsraum umfasst die Änderungsfläche sowie das Umfeld, je nach Relevanz für die jeweiligen Schutzgüter bis zu einer Entfernung von 1.600 m.</p>
Beschreibung des Vorhabens	<p>Der ca. 6,3 ha große Änderungsbereich liegt im Stadtbezirk Gerschede und umfasst eine größere Fläche als die des parallelen Bebauungsplanverfahrens. Er grenzt im Süden an die Köln-Mindener Bahnlinie und im Westen an die Ewald-Dutschke-Straße. Im Osten und Südosten begrenzt rückwärtige Bebauung an der Levinstraße sowie an der Straße Gerscheder Weiden das Gebiet. Im Norden erfolgt die Begrenzung mittels eines Durchgangsweges. Auf der Fläche befinden sich eine Sportanlage mit drei Sportplätzen, einem Beachvolleyball-Feld, sowie ein Vereinsheim mit angrenzender Hausmeisterunterbringung. Die östlich angrenzende, ca. 1,0 ha große, ebene Fläche war zuvor als Standort für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt worden. Das Zelt Dorf ist mittlerweile abgebaut. Zuvor war die Fläche eine Wiese. Im Norden und Süden des Gebietes befindet sich jeweils eine Grünanlage, welche z.T. als Kinderspielplatz genutzt wird. Durch das Gebiet verläuft mittig ein Abzweig der Levinstraße, welcher in der Ewald-Dutschke-Straße endet. Von allen Seiten umgeben ist das Gebiet von Wohnbebauung, unterschiedlich geschossigen Mehrfamilienhäusern. Südlich der Köln-Mindener Bahnlinie schließt ein Einfamilienhaus-Gebiet an. In einer Entfernung von etwa 500 m befindet sich das Nahversorgungszentrum an der Donnerstraße (Klasse E), welches eine Nahversorgungsfunktion für das angrenzende Umfeld einnimmt. Zudem befinden sich im Umfeld zwei Kindertagesstätten und eine Grundschule.</p> <p>Der Änderungsbereich wird im wirksamen Regionalen Flächennutzungsplan auf Regionalplanebene als „Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich“ dargestellt. Auf Ebene des Flächennutzungsplans stellt der RFNP den Änderungsbereich als „Grünfläche“ sowie „Sportanlage“ dar. Die Darstellung wird in „Wohnbaufläche / Allgemeiner Siedlungsbereich“ geändert. Im parallelen Bebauungsplanverfahren ist geplant, die Fläche - mit Ausnahme der beiden Grünflächen im Norden und Süden - zu einem Wohnstandort zu entwickeln, der sowohl Einfamilienhäuser als auch Geschosswohnungen anbietet. Die vorhandenen Grünflächen im Norden und Süden der RFNP-Änderungsfläche sind im Bebauungsplanentwurf nicht enthalten, sie sind jedoch als "Grünflächen" im Geltungsbereich des seit 1972 rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 16/69 festgesetzt. Es ist vorgesehen diese in das Grünflächenkonzept des neuen Bebauungsplanes einzubinden. Aufgrund der Plansystematik des RFNP (Darstellungsschwelle von 5 ha) werden die zwei Grünflächen im Änderungsbereich zwar als Wohnbaufläche dargestellt, in der nachfolgenden Umweltprüfung werden sie jedoch als rechtskräftig gesicherter Grünflächenbestand zugrunde gelegt.</p>
Ziele des Umweltschutzes	<p>In Kapitel 3 des Umweltberichtes zum RFNP (i. d. F. der Bekanntmachung) sind die wesentlichen umweltrelevanten Zielvorgaben beschrieben, die auch für die Änderungen des RFNP von Belang sind. Zusätzlich zu den in Kap. 3 des Umweltberichtes genannten Zielvorgaben ist gemäß §1a (5) BauGB den Erfordernissen des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel Rechnung zu tragen. Zu den umweltrelevanten Zielen und Grundsätzen des am 08.02.2017 in Kraft getretenen Landesentwicklungsplans NRW sowie der Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan (in Kraft getreten 06.08.2019) wird auf Teil A der Begründung zu dieser RFNP Änderung verwiesen. Die Ziele des Umweltschutzes auf Ebene der EU, des Bundes, des Landes und der Kommunen in der jeweils aktuellen Fassung haben im Rahmen der folgenden Schutzgutprüfungen Eingang in die Bewertungskriterien und Beurteilungsgrundlagen gefunden. Diese sind damit Grundlage der Bewertung der Umweltauswirkungen bei den einzelnen Schutzgütern.</p>

Schutzgüter	Ist-Zustand der Umwelt Bestand	Auswirkungen der Planung Planung	Bewertung der Umwelt- auswirkungen
Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft	<p>BSN / BSLE-Darstellungen des RFNP (Landschaftsrahmenplan): kein BSN/BSLE betroffen</p> <p>Darstellungen des Landschaftsplans: kein Geltungsbereich des Landschaftsplanes</p> <p>Schutzstatus: kein Schutzstatus</p> <p>Biotopverbund: keine Bedeutung für den Biotopverbund</p> <p>Planungsrelevante Arten: Im Rahmen der artenschutzrechtlichen Vorprüfung (Stufe 1) haben sich im Plangebiet und in seiner Umgebung keine Hinweise auf das Vorkommen verfahrenskritischer und/oder planungsrelevanter Arten entsprechend der VV-Artenschutz (Erlass III 4 – 616.06.01.17 des MUNLV vom 13.04.2010) ergeben. Die artenschutzrechtliche Prüfung wurde auf der Grundlage ausreichender Ermittlungen vorgenommen. Insbesondere wurden vorhandene Erkenntnisse, die bei zwei Untersuchungsterminen feststellbaren Hinweise sowie die beim LANUV vorliegenden Fachinformationen (FIS) ausgewertet.</p> <p>Wald: Ein Flächenanteil von etwa 0,4 ha des Verfahrensgebietes ist Wald nach LFoG. Er besteht überwiegend aus mittlerem Baumholz und wird extensiv gepflegt.</p> <p>Ökologisches Potenzial: wegen der isolierten Lage und der intensiven Nutzung nur geringes Potenzial; keine Schutzwürdigkeit.</p> <p>Grünzüge und kommunaler Freiflächenverbund: - Unzerschnittene verkehrsarme Räume (LANUV 2015): nicht betroffen - Regionaler Grünzug im RFNP: nicht betroffen</p>	<p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen zu erwarten. Bezogen auf Amphibienarten kann ein Verstoß gegen Verbote des § 44 (1) BNatSchG ausgeschlossen werden. Für Vogelarten ist dies in Verbindung mit den Bestimmungen des § 44 (5) BNatSchG möglich. Weitergehende Untersuchungen sind nicht erforderlich. Unter den Säugetieren kann ein Vorkommen gebäudebewohnender Fledermausarten insbesondere zum Zeitpunkt der erforderlichen Gebäudeabbrüche nicht ausgeschlossen werden. Durch entsprechende Nachkontrollen jeweils kurzfristig vor den Abbrüchen und Festlegung von Vermeidungs-, Schutz- oder Ausgleichsmaßnahmen können Verstöße gegen Verbote des § 44 (1) i. V m. § 44 (5) ausgeschlossen werden.</p> <p>keine Auswirkungen Der vorhandene Wald liegt aus plansystematischer Notwendigkeit im Verfahrensgebiet, ist durch die Planänderung aber nicht betroffen (s.o. Beschreibung und Kap. 3.1 der Begründung). Der Waldbestand bleibt weiterhin durch Gesetze und bestehendes Satzungsrecht gesichert.</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p>	nicht erheblich

	<ul style="list-style-type: none"> - Kulisse Emscher Landschaftspark 2010 /2020+: betroffen - Kulisse Masterplan emscherzukunft: betroffen - Kommunalen Freiflächenverbund (Themenkarte 2 RFNP): nicht betroffen - Kommunale Freiraumentwicklungskonzepte: nicht vorhanden <p>Ausgleichsflächen: keine Ausgleichsfläche betroffen</p> <p>Landschaftsbild: offener Raum, Ortsbild betroffen</p> <p>Erholung: ehemals Sportplatznutzung, teilweise betroffen</p>	<p>geringfügige Auswirkungen, da Fläche größtenteils als Sportplatz genutzt wurde und somit wenig Grün vorhanden war; eingeschränkte Zugänglichkeit für Allgemeinheit</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>Auswirkungen sind nicht erheblich: bisher offener Raum wird durch Wohnbebauung gegliedert und neu gestaltet. Die unbegrünte und sportlich genutzte Fläche wird zukünftig durch Wohnbebauung inkl. Grünkonzept geprägt.</p> <p>Die Gesamtfläche wurde ehemals in Teilen als Sportplatz und in Teilen zuletzt als Fläche für Flüchtlingsunterkünfte genutzt und war daher für die Allgemeinheit nicht oder nur eingeschränkt zugänglich.</p>	
Fazit	Die Grünflächen nördlich (Wald) und südlich (Spielplatz) der planerisch vorgesehenen Wohnbauentwicklung werden durch die Änderung ebenfalls als Wohnbaufläche/ASB dargestellt. Die Auswirkungen sind nicht erheblich, da die Sicherung dieser Grünflächen durch die verbindliche Bauleitplanung weiterhin bestehen bleibt. Artenschutzrechtliche Probleme sind vermeidbar. Die sportliche Nutzung wurde bereits verlagert, eine Erholungsnutzung wird für eine breite Öffentlichkeit zukünftig in neuer Form möglich sein, das Ortsbild wird neu gestaltet.		
Fläche	Größe (ha) und Art der realen Flächennutzung: Der überwiegende Teil der 6,3 ha großen Gesamtfläche ist in der Realnutzungskartierung als Grünfläche dargestellt (4,9 ha), jedoch vorrangig als Sportanlage und auf einer südlich gelegenen Teilfläche als Spielplatz angelegt und genutzt. Ein am nördlichen Plangebietsrand gelegener Baumbestand ist als Waldfläche (0,4 ha) erfasst. Der verbleibende Flächenanteil ist zu gleichen Teilen Wohnbauflächen, Spiel- und Sportanlagen, Verkehrsflächen sowie geringfügig entlang der südlichen Plangebietsgrenze den Bahnanlagen zugeordnet.	Mit dem Planvorhaben ist eine Veränderung der dargestellten Hauptnutzungsart von Grünflächen zu Wohnbauflächen verbunden. Im Sinne der Bodenschutzklausel geht damit überwiegend die Wiedernutzung einer vormals genutzten Fläche einher. Am nördlichen und südlichen Plangebietsrand werden Freiflächen in den Änderungsbereich mit einbezogen, die als Grünflächen" im Geltungsbereich des seit 1972 rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 16/69 gesichert sind und auch erhalten bleiben.	nicht erheblich
Fazit	Mit dem Planvorhaben geht überwiegend die Wiedernutzung einer vormals genutzten Fläche einher. Die in die Änderungsfläche einbezogenen Freiflächen sind im seit 1972 rechtsverbindlichen Bebauungsplan Nr. 16/69 gesichert und bleiben erhalten. Auswirkungen auf das Schutzgut Fläche werden daher als nicht erheblich eingestuft. Mit der Sicherung von Freiflächen im Rahmen eines Bebauungsplan begleitenden Grünflächenkonzepts können darüber hinaus Maßnahmen zur Vermeidung und Minderung von Beeinträchtigungen greifen.		
Boden	Schutzwürdige Böden: Das Plangebiet weist anthropogene Überprägungen aus, schutzwürdige Böden sind demnach nicht vorhanden.	Vermeidungsgebot und Bodenschutzklausel werden eingehalten bzw. berücksichtigt.	nicht erheblich

	<p>Bodenbelastungen: Das Plangebiet grenzt an die altlastverdächtige Fläche Nr. 20/2.01 (Auffüllung Gerscheder Weiden) an. Zudem befindet sich in einem großen Teil des Plangebietes eine Sportanlage, so dass ein schadstoffhaltiger Platzunterbau nicht ausgeschlossen werden kann.</p> <p>Sonstiges: der Kommune liegen keine Hinweise zu MethanAusgasungen und Bergbauschächten im Plangebiet vor; in der östlich der Levinstraße gelegenen Freifläche ist eine Tagesöffnung, ein ehemaliger Luft- bzw. Wetterschacht, der 1966 verfüllt wurde, verzeichnet.</p> <p>Schutzwürdige Geotope: keine vorhanden</p>	<p>Bodenuntersuchungen sollten im Rahmen des nachgelagerten Verfahren durchgeführt werden.</p> <p>Prüfung im nachgelagerten Verfahren erforderlich</p> <p>keine Auswirkungen</p>	
Fazit	Es werden überwiegend anthropogen überprägte Böden überplant, wobei in parallelen Bebauungsplanverfahren evtl. Bodenbelastungen geprüft werden sollten.		
Wasser	<p>Oberflächengewässer: In ca. 200 m Entfernung fließt im östlichen Bereich der Pausmühlenbach.</p> <p>Quellgebiete: keine vorhanden</p> <p>Trinkwasser- /Heilquellenschutzgebiet: keine vorhanden</p> <p>festgesetztes Überschwemmungsgebiet: keine vorhanden</p> <p>Hochwassergefahren außerhalb von Überschwemmungsgebieten: keine</p> <p>Einflussnahme auf Grundwasserhaushalt: keine</p> <p>mittlerer Grundwasserflurabstand: < 1,50m unter GOK</p>	<p>Es ist kein Oberflächengewässer unmittelbar durch das Vorhaben betroffen. Der Pausmühlenbach bietet potenziell die Möglichkeit zur Ableitung von Niederschlagswasser aus dem Wohngebiet, eine Konkretisierung erfolgt im nachgelagerten Verfahren.</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>Versiegelungsgrad wird erhöht, Grundwasserneubildung wird dadurch verringert</p> <p>keine Auswirkungen</p>	nicht erheblich
Fazit	Das Vorhaben hat insgesamt keine erheblichen Auswirkungen für das Schutzgut Wasser. Der Pausmühlenbach bietet die Möglichkeit zur Ableitung von Niederschlagswasser aus dem Wohngebiet. Damit besteht die Möglichkeit, das anfallende Niederschlagswasser dem natürlichen Wasserkreislauf zuzuführen. Hinsichtlich des geringen Grundwasserflurabstandes ist auf eine angepasste Bauweise zu achten (s. Schutzgut Mensch)		
Luft	<p>Lufthygienische Belastungsschwerpunkte: Lufthygienische Belastungsschwerpunkte in Bezug auf NO₂ und PM₁₀ im Umfeld der Projektfläche bisher nicht identifiziert.</p> <p>Einschätzung lufthygienische Gesamtsituation:</p>	<p>Im Zuge der Neuordnung sind Emissionen durch eine Zunahme des Ziel- und Quellverkehrs zu erwarten.</p> <p>Mit Umsetzung der Planung sind grundsätzlich auch Auswirkungen auf die Luftbelastung im Umfeld des Plangebietes</p>	erheblich

	<p>Im Einzugsgebiet des Plangebietes sind keine immissionsseitigen Hot Spots mit grenzwertüberschreitenden Luftbelastungen zu erkennen.</p> <p>Durchlüftungsverhältnisse: Die Fläche ist durch die aktuelle Nutzung relativ gut belüftet. Die umgebenden Stadtstrukturen sind aufgelockert. Die Fläche fungiert derzeit als Emissionssenke.</p>	<p>möglich. Die Auswirkungen sind im Rahmen des nachgeordneten Verfahrens zu prüfen.</p> <p>Eine bauliche Verdichtung erhöht die Oberflächenrauigkeit des Areals. Trotz der aufgelockerten Strukturen im Umfeld des Plangebietes kann die Entstehung einer Lüftungstechnischen Problemlage nicht ausgeschlossen werden.</p>	
Fazit	<p>Derzeit liegen keine Hinweise auf grenzwertüberschreitende Luftbelastungen vor. Das Vorhaben beeinträchtigt potenziell die lufthygienische Situation durch Zunahme der verkehrlichen Emissionen und Verschlechterung der Durchlüftungsverhältnisse. Die Auswirkungen der Planung sollten im nachgeordneten Verfahren geprüft werden. Bei Umsetzung von Minderungsmaßnahmen zur Sicherung guter Durchlüftungsverhältnisse (z.B. lockere Bebauung und Verbindung der bestehenden Grünflächen durch eine Luftschneise) im nachgelagerten Verfahren ist die potenzielle Beeinträchtigung der Durchlüftungsverhältnisse als nicht erheblich einzustufen.</p>		
Klima	<p>Last- und Ausgleichsräume: Lage im bioklimatischen Lastraum der Stadtrandbebauung. Freiflächen im Änderungsbereich sichern klimatisch ausgleichende Funktionen und Anbindung an nord-/ nordwestlich gelegene städtische Grünzüge.</p> <p>Klimatope und deren Eigenschaften: Lokalklimatisch überwiegend dem Stadtrandklima einzuordnen; bioklimatisch positiv wirksame Gehölzflächen, jedoch ohne bedeutende Fernwirkung.</p> <p>Klimadynamik / Luftaustauschprozesse: keine Belüftungsbahnen betroffen; bei stabilen Wetterlagen erhöhte Inversionshäufigkeit und Nebelbildung</p> <p>Klimawandelanpassung: Generell sind bis Mitte des Jahrhunderts eine Zunahme der Sommertage, heißen Tage und Tropennächte zu erwarten. Zur Zeit weisen Sportflächen sowie Schotterflächen im Änderungsbereich aufgrund mangelnder Beschattung und (Teil-) Versiegelung ein hohes Aufheizungspotenzial auf. Gehölzbestand dämpft Temperatur- und Strahlungsextreme und trägt mit seinem positiven Eigenklima zu einer bioklimatischen Wohlfahrtswirkung beiträgt (Schattenwurf, Abkühlung der gefühlten Temperatur an Hitzetagen).</p> <p>Da keine Oberflächengewässer im Änderungsbereich sind, gibt es keine Hochwassergefährdung.</p> <p>Teilbereiche der Änderungsfläche insbesondere die nördl. Grünfläche sind bei Starkregenereignissen durch Überflutungen bis zu 0,5 m gefährdet (lt. Überflutungskarte bezogen auf ein 100jähriges Regenereignis).</p>	<p>Die in die Änderungsfläche einbezogenen Freiflächen sind im seit 1972 rechtsverbindlichen Bebauungsplan Nr. 16/69 gesichert. Nach Durchführung der Planung voraussichtlich weiterhin Zuordnung zum Lastraum des Stadtrands.</p> <p>Mit Umsetzung der Planung voraussichtlich weiterhin lokalklimatische Zuordnung zum Stadtrandklimatop.</p> <p>Zunahme der Rauigkeit; Barrierebildung für Luftaustauschprozesse infolge von Bebauung potenziell möglich</p> <p>keine Verschlechterung gegenüber der Bestandssituation zu erwarten.</p> <p>keine Hochwassergefährdung</p> <p>Potenzielle Gefährdung des Plangebietes durch Starkregenereignisse; eine Konkretisierung zum Umgang mit Starkregenereignissen erfolgt im parallelen Bebauungsplanverfahren.</p>	nicht erheblich

	Klimaschutz: Das Planvorhaben ist gut an das ÖPNV-Angebot (Straßenbahnlinie 103, S9, Buslinien 166 und 186) sowie an das örtliche Radverkehrsnetz angebunden. Darüber hinaus sind keine weiteren Maßnahmen zum Klimaschutz im Plangebiet bekannt.	Die Einhaltung der Energie-Einspar-VO und des Erneuerbare-Energien-Gesetzes bilden den Mindeststandard zur Reduzierung des Energieeinsatzes und von Emissionen. Energetische Optimierungen sind im parallelen Bebauungsplanverfahren entsprechend des "Leitfadens für eine energetisch optimierte Stadtplanung" zu prüfen.	
Fazit	Mit Umsetzung des Planvorhabens ist keine Verschlechterung der stadtklimatischen Gesamtsituation zu erwarten. Zur Minderung potenziell erheblicher Beeinträchtigungen und zur Anpassung an Folgen des Klimawandels sollten für die künftige Wohnbevölkerung im parallelen Bebauungsplanverfahren vorsorglich Maßnahmen festgelegt werden, die zur Klimaanpassung gegenüber Hitze und Starkregenereignisse beitragen. Durch z.B. die Schaffung einer zentralen Regenwasserachse in nördl. Richtung mit Anbindung an den Pausmühlenbach, ließen sich Gefährdungen durch Starkregenereignisse minimieren; durch den Erhalt von Gehölzflächen wird deren klimatisch positive Wirkung gesichert.		
Mensch, Gesundheit, Bevölkerung	Umweltfaktoren mit Auswirkungen auf Menschen und ihre Gesundheit Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft: Ortsbild (offener Raum) betroffen; Erholungsfunktion (Sportanlage) teilweise betroffen Boden: Das Plangebiet weist anthropogene Böden auf; es grenzt an eine altlastverdächtige Fläche; ein Großteil des Plangebietes ist eine Sportanlage - schadstoffhaltiger Platzunterbau nicht ausgeschlossen. Wasser: In ca. 200 m Entfernung fließt im östlichen Bereich der Pausmühlenbach; mittl. Grundwasserflurabstand: < 1,50m unter GOK Luft: Die Fläche selbst ist immissionsseitig unauffällig, gut durchlüftet, fungiert als Emissionssenk Klima: es liegt keine bioklimatische Belastungssituation vor; positives Eigenklima des Gehölzbestands und bioklimatische Wohlfahrtswirkung für Erholungssuchende und Anwohner	Bisher offener Raum wird durch Wohnbebauung gegliedert und neu gestaltet. Fläche war für die Allgemeinheit nicht oder nur eingeschränkt zugänglich, Sportnutzung wurde auf ertüchtigte Anlagen verlagert Im nachgelagerten Verfahren sind Bodenbelastungen zu prüfen. Der Pausmühlenbach bietet die Möglichkeit zur Ableitung von Niederschlagswasser aus dem Wohngebiet; hoher Grundwasserstand, bei angepasster Bauweise keine Auswirkungen, somit könnte einer Hochwassergefahr entgegengewirkt werden. Trotz einer Zunahme des Verkehrsaufkommens, ist die Entstehung eines Belastungsschwerpunktes nicht absehbar. Hinsichtlich der Baustrukturen sollte auf eine Vermeidung von Straßenschluchten geachtet werden. Auswirkungen auf die Luftbelastung im Umfeld des Plangebietes möglich. Potenzielle Beeinträchtigung der Durchlüftungsverhältnisse. Nachteilige Auswirkungen sind im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens zu ermitteln und im Umweltbericht darzustellen. Es ist keine Verschlechterung der bioklimatischen Situation zu erwarten.	erheblich

	<p>Lärm: Durch die südlich liegenden Schienenwege des Bundes entstehen Lärmbelastungen nach Umgebungslärmrichtlinie von bis zu 75 dB(A) am Gesamttag und bis 65 dB(A) in der Nacht. Im Plangebiet ist das durch den Rat der Stadt Essen beschlossene Zukunftsziel einzuhalten: Beim Neubau von Straßen sollen bei städtischen Bauleitplanverfahren mindestens bei Krankenhäusern, Schulen, reinen und allgemeinen Wohngebieten die freiwilligen Lärmziele aus der Bewerbung der „Grünen Hauptstadt Europas“ von 55 dB(A) am Tag und 45 dB(A) in der Nacht angestrebt werden.</p> <p>Sonstige Emissionen / Immissionen: Allgemein: Trennungsgrundsatz nach § 50 BImSchG:</p> <p>Seveso III: Fläche liegt nicht im Achtungs-, bzw. angemessenen Sicherheitsabstand eines Seveso III Betriebes</p> <p>Abstandsklassen I-IV gem. Abstandserlass 2007: Fläche liegt nicht im Einflussbereich von Betrieben der Abstandsklassen I-IV gemäß Abstandserlass 2007</p> <p>Einzelbeurteilungen von Emissionen und Immissionen:</p> <p>Erschütterungen: Gleisanlage grenzt an Planungsgebiet</p> <p>Licht: keine Hinweise</p> <p>Geruch: keine Hinweise</p> <p>Elektromagnetische Felder: keine Hinweise</p> <p>Sonstiges: es liegen keine Hinweise vor</p>	<p>Um gesunde Lebensverhältnisse zu schaffen, sind Lärmmin- derungsmaßnahmen zwingend notwendig. Lärmgutachten sind zu beauftragen.</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>Gleisanlage kann zu Erschütterungen führen, dies ist zu prüfen</p> <p>ggf. Verschattung durch neue Bebauung, Blendwirkung durch Ausfahrt aus Tiefgarage</p> <p>ggf. KfZ-Emissionen aus Tiefgarage</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>es liegen keine Hinweise vor</p>	
Fazit	<p>Eine Verschlechterung der bioklimatischen Gesamtsituation ist nicht zu erwarten. Hinsichtlich des Ortsbildes wird ein bisher offener Raum durch Wohnbebauung gegliedert und neu gestaltet. Im nachgelagerten Verfahren sind Bodenbelastungen zu prüfen. Aufgrund der hohen Lärmvorbelastungen und ggf. Erschütterungen durch die angrenzende Gleisanlage und der Zunahme des Verkehrslärms wird mit erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch / Gesundheit / Bevölkerung gerechnet. Darüber hinaus sind keine Auswirkungen auf das Schutzgut zu erwarten.</p>		
Kultur- und Sachgüter / Kulturelles Erbe	<p>Kulturgüter / Kulturelles Erbe</p> <p>rechtskräftig geschützte Baudenkmäler: keine</p> <p>rechtskräftig geschützte Bodendenkmäler: keine</p> <p>rechtskräftig geschützte Denkmalbereiche: keine</p>	<p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p> <p>keine Auswirkungen</p>	nicht erheblich

	Denkmalwerte Sachen / Sachgesamtheiten: keine Geschützte oder schützenswerte Objekte der Route der Industriekultur: keine Kulturlandschaftsbereich: kein Bereich / keine Element Sachgüter Sportplatz mit Vereinsgebäude und Wohngebäude	keine Auswirkungen keine Auswirkungen keine Auswirkungen Überplanung und Verlust der bestehenden Anlagen und Gebäude	
Fazit	Die Auswirkungen auf das Schutzgut Kultur- und Sachgüter / Kulturelles Erbe werden trotz des Verlustes der bestehenden Anlagen als nicht erheblich eingestuft.		
Natura 2000 / FFH-Prüfung	kein FFH-Gebiet betroffen oder beeinträchtigt.		nicht relevant
Risiken / Auswirkungen im Fall schwerer Unfälle oder Katastrophen	Prüfung Seveso III: Fläche liegt nicht im Achtungs- bzw. angemessenen Sicherheitsabstand eines Seveso III Betriebes Leitungstrassen gem. Rohrfernleitungsverordnung: es liegen keine Hinweise vor, Prüfung im nachgelagerten Verfahren Hochwassergefährdung: keine Relevanz für menschliche Gesundheit, kulturelles Erbe oder Umwelt Erdbebengebiet: keine Hinweise auf Erdbeben oder Erderschütterungen		nicht relevant
Fazit	Zur Zeit sind keine Risikofaktoren für zu erwartende schwere Unfälle oder Katastrophen ersichtlich		
Wechselwirkungen und kumulative Auswirkungen	Aus der Betrachtung der Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern ergeben sich keine zusätzlichen Gesichtspunkte für die Bewertung der Umweltauswirkungen. Kumulative Wirkungen durch sonstige Planungen im engen räumlichen Zusammenhang werden im parallelen Bebauungsplanverfahren geprüft.		
Auswirkungen bei Nichtdurchführung der Planung	Die bisherige Nutzung des Plangebietes ist durch die Sportanlage, den Kinderspielplatz und Naherholung geprägt. Bei Nichtdurchführung der Planung könnte eine Weiternutzung in der bisherigen Form ohne wesentliche Veränderung der Gebietscharakteristik erfolgen. Die im nördlichen und südlichen Änderungsbereich gelegenen Grünflächen wären weiterhin durch den seit 1972 rechtsverbindlichen Bebauungsplan Nr. 16/69 als festgesetzte Grünflächen in ihrem Bestand gesichert. Nach Aufgabe der Sportanlage ohne Neugestaltung würden sich nur langsam Pionierpflanzen ansiedeln, da die Asche-gedeckten Sportfelder sowie die geschotterte Fläche die Bodenbildung langfristig verzögern werden.		
Maßnahmen zur Vermeidung, Verhinderung, Verringerung und zum Ausgleich	Maßnahmenempfehlungen für das Bebauungsplanverfahren: - Begrünungsmaßnahmen: Ein- und Durchgrünung der Fläche, Begrünung von Gebäuden (z.B. durch Baumpflanzungen, Dach- und Fassadenbegrünung), Spielplatzzerhaltung oder –ersatz; Erhalt oder Ersatz betroffener Gehölze - Prüfung und Regelung von Bodenbelastungen - Detailprüfung und vorkehrende Maßnahmen zum Überflutungsschutz bei Starkregenereignissen (Regenwasserabkopplung, Flächensicherung für die oberirdische Sammlung und Ableitung des Regenwassers) - Prüfung von energetischen Optimierungen gemäß Leitfaden - Kompensation des Verlusts von Erholungsfunktionen der Sportanlage - Ermittlung von Erschütterungen durch den Schienenverkehr - Erstellung eines Schallschutzgutachtens und Prüfung erforderlicher Lärmschutzmaßnahmen - Berücksichtigung der Hinweise aus der Artenschutzprüfung bezüglich gebäudebewohnenden Fledermaus- und Vogelarten (vor Gebäudeabbrüchen)		

	<p>sowie Einhaltung der gesetzlichen Schonzeiten bei Gehölzrodungen.</p> <p>Die Lärmproblematik ist auf der Bebauungsplanebene durch folgende Maßnahmen lösbar: z.B. architektonische Selbsthilfe, Zonierung / Gliederung der Baugebiete, aktiver und passiver Lärmschutz.</p>
Alternativenprüfung	<p>Aufgrund rückläufiger Mitgliederzahlen und fehlender Auslastung hat man sich entschlossen, den Standort der Bezirkssportanlage Levinstraße aufzugeben und die planungsrechtliche Voraussetzung für eine sinnvolle Folgenutzung zu schaffen. Eine alternative baulichen Nutzung (z.B. Gewerbe) wurde aufgrund angrenzender sensibler Nutzungen (Wohnen, soziale Einrichtungen) ausgeschlossen. Eine alternative Freiraumnutzung (z. B. Landwirtschaft) wäre aufgrund der innerstädtischen "Insellage" nicht geeignet. Als einzige alternative Nutzungsmöglichkeit zur geplanten Darstellung als Wohnbaufläche wäre eine Darstellung der Sportanlage als Grünfläche denkbar. Um jedoch eine Inanspruchnahme von Freiraum an anderer, funktionsfähiger Stelle zu vermeiden, bzw. zu verringern, wäre die Änderung dieses Bereichs in Wohnbaufläche / Allgemeiner Siedlungsbereich vorzuziehen. Die Fläche ist zudem an das Nahversorgungszentrum an der Donnerstraße (Klasse E) sowie an eine Grundschule und zwei Kindertagesstätten angebunden und besonders geeignet für die Entwicklung eines familiengerechten Wohngebietes. Daher soll stadtplanerisch der bedarfsgerechten Versorgung mit Wohnbauflächen an dieser Stelle der Vorrang eingeräumt werden.</p>
Monitoring	<p>Nach § 4 c des Baugesetzbuches, dem § 8 (4) Raumordnungsgesetz und dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (§ 45 UVPG) sind die erheblichen Auswirkungen der Durchführung der Pläne und Programme auf die Umwelt zu überwachen, um insbesondere frühzeitig unvorhergesehene, negative Auswirkungen zu ermitteln und geeignete Abhilfemaßnahmen ergreifen zu können.</p> <p>Das Monitoringkonzept für den RFNP (Gesamtplan) ist so aufgebaut, dass mit Hilfe von unterschiedlichen Bausteinen die gesamträumlichen Auswirkungen der Planung erfasst werden können (siehe auch Kapitel 11.2 des Umweltberichts im Rahmen der Aufstellung des RFNP i. d. F. der Bekanntmachung).</p> <p>Der erste Baustein umfasst die Ermittlung und Bewertung der steuerungsrelevanten Daten und Indikatoren. Bei der Durchführung des Monitorings wird dann im Einzelfall überprüft, ob die in der genehmigten Fassung festgelegten Überwachungsinstrumente oder Indikatoren an neue Erkenntnisse anzupassen sind. Es können jeweils nur die Indikatoren herangezogen werden, für die zu dem Zeitpunkt des Monitorings aktuelle Informationen vorliegen. Indikatoren sind u. a. die Änderung der Flächengröße bei Schutzgebieten, die Inanspruchnahme naturnaher u. schutzwürdiger Böden sowie die Veränderung der Bodenbelastung, der Gewässerzustände / Qualitäten, der lufthygienischen Situation, der klimatischen Last- und Ausgleichsräume, der Lärmsituation, von Bau- u. Bodendenkmälern und Kulturlandschaftsbereichen, des Verhältnisses Siedlungs- u. Verkehrsflächen zu Freiflächen der Realnutzung.</p> <p>Der zweite Baustein nutzt die Abschtichtung von Informationen über potenzielle Umweltauswirkungen aus nachgeordneten Planverfahren. Die Durchführung des RFNP erfolgt in nachgeordneten, konkretisierenden Planungs- und Realisierungsstufen, sodass (unvorhergesehene) erhebliche Umweltauswirkungen frühestens im Rahmen der nachfolgenden Planungsstufen erkennbar werden und erst mit deren Durchführung tatsächlich eintreten. Detaillierte Überwachungsmaßnahmen können somit erst im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung bzw. nachfolgenden Planungs- u. Genehmigungsebenen festgelegt werden. Sofern sich eine Relevanz ergibt, fließen die dortigen Ergebnisse wiederum in das Monitoring zum RFNP ein.</p> <p>Der dritte Baustein des Monitorings umfasst die Nutzung der Informationspflicht der Behörden, die nach § 4 (3) BauGB verpflichtet sind, die Gemeinde über erhebliche, insbesondere unvorhergesehene nachteilige Umweltauswirkungen zu unterrichten.</p> <p>Gehen Hinweise auf durch die Planung ausgelöste, unvorhersehbare nachteilige Umwelt-auswirkungen bei der Planungsgemeinschaft (Geschäftsstelle) ein oder werden Hinweise im Rahmen der Informationspflicht der Behörden abgegeben, so wird diesen nachgegangen.</p> <p>Zur Auswertung der ermittelten Daten werden über die aufgeführten umweltrelevanten Daten hinaus die Ergebnisse der Raumbesichtigung herangezogen. Bei Bedarf wird innerhalb der Planungsgemeinschaft eine Monitoringkonferenz durchgeführt, um zu ermitteln, welche Relevanz die festgestellten Umweltauswirkungen für den RFNP haben.</p> <p>Die Änderungen der Flächenbilanzen des Gesamtplanes im Zusammenhang mit den laufenden Änderungsverfahren werden als "gesamträumliche Betrachtung" ebenfalls im Rahmen des Monitorings fortgeschrieben.</p> <p>Das Monitoring des RFNP begann gemäß genehmigter Fassung erstmalig sechs Jahre nach Rechtswirksamkeit des Planes, d. h. 2016 und wurde im August 2017 fertiggestellt.</p>
Gesamtbeurteilung Fazit	<p>Mit dem Planvorhaben geht überwiegend die Wiedernutzung einer vormals genutzten Fläche einher. Es bestehen im Plangebiet keine Schutzausweisungen des Natur- und Umweltschutzes, auch sind keine in der Umgebung gelegenen Schutzgebiete durch das Vorhaben betroffen. Die mögliche Verletzung artenschutzrechtlicher Verbote ist durch Übernahme der Empfehlungen aus der vorliegenden Artenschutzprüfung im</p>

	nachgeordneten Verfahren auszuschließen. Das Ortsbild wird neu gestaltet; gegenüber einer brach liegenden Sportanlage sind die Auswirkungen allerdings nicht erheblich. Die voraussichtlichen Auswirkungen auf die Schutzgüter „Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft“, „Fläche“, „Boden“, „Wasser“, „Klima“ und „Kultur- und Sachgüter / Kulturelles Erbe“ werden insgesamt als nicht erheblich eingestuft. Aufgrund der im Zuge der Neuordnung zu erwartenden Zunahme des Ziel- und Quellverkehrs sind jedoch erhebliche Auswirkungen auf die Schutzgüter „Luft“ und „Mensch / Gesundheit / Bevölkerung“ infolge des Planvorhabens zu erwarten. Für zu erwartende schwere Unfälle oder Katastrophen sind zurzeit keine Risikofaktoren ersichtlich. Im parallelen Bebauungsplanverfahren sind Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung und zum Ausgleich der voraussichtlich erheblichen Beeinträchtigungen zu prüfen und zu sichern. Für den Änderungsbereich liegen bisher zwei relevante Gutachten vor (Artenschutzprüfung, Verkehrsgutachten). Weitere noch umzusetzende änderungsbezogene Gutachten oder Studien werden in der Bewertung der Umweltfolgen im parallelen Bebauungsplanverfahren berücksichtigt.
Hinweise auf Schwierigkeiten / verwendete Verfahren / Bemerkungen / Sonstiges:	Es traten keine Schwierigkeiten bei der Zusammenstellung der umweltrelevanten Informationen auf.

Allgemeinverständliche Zusammenfassung:

Mit dem Planvorhaben „RFNP-Änderung 39 E Levinstraße/Ewald-Dutschke-Straße“ werden die planerischen Voraussetzungen für das parallele Bebauungsplanverfahren und die Neuentwicklung eines Wohnstandortes geschaffen. Die Umweltprüfung ermittelt und beschreibt die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen durch die vorgesehene Änderung im wirksamen Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP). Die Inhalte und Ergebnisse der Umweltprüfung werden im Umweltbericht steckbriefartig dokumentiert und in die Begründung zur RFNP-Änderung eingefügt.

Der ca. 6,3 ha große Änderungsbereich liegt im Stadtbezirk Gerschede. Er wird durch die Köln-Mindener Bahnlinie, die Ewald-Dutschke-Straße sowie durch rückwärtige Bebauung an der Levinstraße und der Straße Gerscheder Weiden begrenzt. Im wirksamen RFNP wird der Änderungsbereich als „Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich“ (Regionalplanebene) bzw. als „Grünfläche“ sowie „Sportanlage“ (FNP-Ebene) dargestellt. Die Darstellung wird in „Wohnbaufläche/Allgemeiner Siedlungsbereich“ geändert.

Auf der Änderungsfläche befinden sich eine Sportanlage mit Nebenanlagen sowie eine ca. 1,0 ha große, ehemalige Wiese, die zwischenzeitlich als Standort für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt worden war. Am südlichen Gebietsrand befindet sich eine Grünanlage, mit Kinderspielplatz, am nördlichen Gebietsrand eine Gehölzfläche (Wald gemäß Landesforstgesetz). Landwirtschaftliche Nutzflächen sind nicht betroffen. Das Gebiet wird durch einen Abzweig der Levinstraße erschlossen. Die nähere Umgebung ist durch Wohnbebauung gekennzeichnet. Im räumlichen Zusammenhang mit dem Planvorhaben stehen nordwestlich und nördlich gelegene Regionale Grünzüge (Kleingartenanlagen, Gehölzflächen, Rhein-Herne-Kanal).

Mit dem Planvorhaben geht überwiegend die Wiedernutzung einer vormals genutzten Fläche einher. Es bestehen im Plangebiet keine Schutzausweisungen des Natur- und Umweltschutzes, auch sind keine in der Umgebung gelegenen Schutzgebiete durch das Vorhaben betroffen. Im Januar 2020 wurde die Artenschutzprüfung Stufe 1 zum Planverfahren vorgelegt. Darin wird festgestellt, dass eine Betroffenheit planungsrelevanter Amphibien- und Vogelarten mit hinreichender Sicherheit ausgeschlossen werden kann. Zum Schutz sonstiger Vogelarten sind die gesetzlichen Schonzeiten für Gehölzrodungen einzuhalten. Eine Überprüfung auf Gebäude nutzende Fledermaus- und Vogelarten wird erforderlich, wenn und soweit vorhandene Gebäude abgerissen werden. Darüber hinaus liegt ein Verkehrsgutachten vor, dessen Ergebnisse in die Umweltprüfung eingeflossen ist.

Die in die Änderungsfläche einbezogenen Grünflächen sind durch den seit 1972 rechtsverbindlichen Bebauungsplan Nr. 16/69 gesichert. Es ist vorgesehen, diese in das Grünflächenkonzept des neuen Bebauungsplanes einzubinden. Aufgrund der Plansystematik des RFNP (Darstellungsschwelle von 5 ha) werden die zwei Grünflächen im Änderungsbereich zwar als Wohnbaufläche / Allgemeiner Siedlungsbereich dargestellt, in der Umweltprüfung jedoch als rechtskräftig gesicherter Grünflächenbestand zugrunde gelegt, so dass voraussichtliche Auswirkungen für die Schutzgüter „Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Landschaft“, „Fläche“, „Boden“, „Wasser“, „Klima“ und „Kultur- und Sachgüter“ als nicht erheblich eingestuft wurden. Aufgrund der im Zuge der Neuordnung zu erwartenden Zunahme des Ziel- und Quellverkehrs sind jedoch erhebliche Auswirkungen auf die Schutzgüter „Luft“ und „Mensch / Gesundheit / Bevölkerung“ infolge des Planvorhabens zu erwarten. Für zu erwartende schwere Unfälle oder Katastrophen

sind zurzeit keine Risikofaktoren ersichtlich. Im parallelen Bebauungsplanverfahren sind Maßnahmen zur Vermeidung, Minderung und zum Ausgleich der voraussichtlich erheblichen Beeinträchtigungen zu prüfen und zu sichern (z.B. Erhalt von Gehölzflächen, Überprüfung möglicher Bodenbelastungen, Überflutungsschutz, Regenwasserabkopplung und Einleitung in Bachlauf, an den niedrigen Grundwasserstand angepasste Bauweise, energetische Optimierung, Schallschutz und Verkehrsgutachten). Im parallelen Bebauungsplanverfahren sowie der Grünflächenplanung sind Maßnahmen zu prüfen und zu sichern, die den möglichen negativen Folgen des Planvorhabens für die Umwelt entgegenwirken.

Auch bei Nichtdurchführung der Planung wären die im nördlichen und südlichen Änderungsbereich gelegenen Grünflächen weiterhin durch den seit 1972 rechtsverbindlichen Bebauungsplan Nr. 16/69 als festgesetzte Grünflächen in ihrem Bestand gesichert. Nach Aufgabe der Sportanlage ohne Neugestaltung würden sich nur langsam Pionierpflanzen ansiedeln, da die Asche-gedeckten Sportfelder sowie die geschottete Fläche die Bodenbildung langfristig verzögern werden. Alternative Nutzungen der Änderungsfläche wurden geprüft. Stadtplanerisch wurde entschieden, der Versorgung der Bevölkerung mit Wohnbauflächen und der Wiedernutzung einer vormals genutzten Fläche den Vorrang einzuräumen.

Referenzliste der für den Umweltbericht herangezogenen Quellen (BauGB Anlage 1 Nr.3 Buchstabe b)

Gesetzliche Grundlagen / Verordnungen / Erlasse / Verwaltungsvorschriften

- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29.Juli 2009 (BGBl. I S.2542), zuletzt geändert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 13. Mai 2019 (BGBl. I S. 706)
- Verwaltungsvorschrift zur Anwendung der nationalen Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinien 92/43/EWG (FFH-RL) und 2009/147/EG (V-RL) zum Artenschutz bei Planungs- oder Zulassungsverfahren (Runderlass des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz NRW vom 06. Juni 2016)
- Artenschutz in der Bauleitplanung und bei der baurechtlichen Zulassung von Vorhaben (Gemeinsame Handlungsempfehlung des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr NRW und des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW, vom 22. Dezember 2010)
- Gesetz zum Schutz der Natur in Nordrhein-Westfalen (Landesnaturschutzgesetz – LNatSchG NRW), in der Fassung vom 15. November 2016 (GV. NRW. S. 934), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 26. März 2019 (GV. NRW. S. 193, 214)
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz – BBodSchG), vom 17. März 1998 (BGBl. I S. 502), zuletzt geändert durch Artikel 3 Absatz 3 der Verordnung vom 27. September 2017 (BGBl. I S. 3465)
- Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. 1554) zuletzt geändert durch Artikel 3 Absatz 4 der Verordnung vom 27. September 2017 (BGBl. I S. 3465)
- Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler im Lande Nordrhein-Westfalen (Denkmalschutzgesetz – DSchG) vom 11. März 1980 (GV. NW. S. 226), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 15. November 2016 (GV. NW. S. 934)
- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushaltes (Wasserhaushaltsgesetz) vom 31. Juli 2009 (BGBl. I Nr. 51 S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 4. Dezember 2018 (BGBl. I S. 2254)
- Wassergesetz für das Land Nordrhein- Westfalen (Landeswassergesetz – LWG) in der Fassung des Artikels 1 des Gesetzes zur Änderung wasser- und wasserverbandsrechtlicher Vorschriften vom 8. Juli 2016 (GV. NRW. S. 559), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 2. Juli 2019 (GV. NRW. S. 341)
- Richtlinie 2002/49/EG über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm – Umgebungslärmrichtlinie vom 25. Juni 2002

- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG); Sechster Teil des BImSchG (§ 47a – f) vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 8. April 2019 (BGBl. I S. 432)
- Zwölfte Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsgesetzes (Störfallverordnung – 12. BImSchV), in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. März 2017 (BGBl. I S. 483) zuletzt geändert durch Artikel 1a der Verordnung vom 8. Dezember 2017 (BGBl. I S. 3882)
- Sechzehnte Verordnung zur Durchführung des Bundesimmissionsgesetzes (Verkehrslärmschutzverordnung – 16. BImSchV) – Verkehrslärmschutzverordnung vom 12. Juni 1990 (BGBl. I S. 1036) zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 18. Dezember 2014 (BGBl. I S. 2269)
- Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm) vom 26. August 1998 (GMBI 1998 Nr. 26 S. 503) zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 01. Juni 2017 (BAnz AT 08.06.2017 B5)
- Vierunddreißigste Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über die Lärmkartierung), vom 06. März 2006, (BGBl. I S. 516), zuletzt geändert durch Artikel 84 der Verordnung vom 31. August 2015 (BGBl. I S. 1474)

Sonstige Datenquellen

- Geologisches Landesamt Nordrhein-Westfalen:
 - Bodenkarte von Nordrhein-Westfalen im Maßstab 1:50.000 (BK 50)
 - Digitales Informationssystem Bodenkarte, Karte der schutzwürdigen Böden (aktueller Stand)
 - Geotop-Kataster NRW
 - Karte der Erdbebenzonen
- LANUV (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW),
 - Biotopkataster (aktueller Stand)
 - Erhaltungszustand und Populationsgröße der Planungsrelevanten Arten in NRW (aktueller Stand)
 - Fachbeitrag des Naturschutzes zum RFNP, Themenkarte Freiraum- und Biotopverbund (2009)
 - Fachinformationssystem (FIS / diverse Themen)
 - Belastungskarte Ruhrgebiet (2010)
 - Luftreinhalteplan Ruhrgebiet 2011, Stadtgebiet Essen (Stand 2019)
- Regionalverband Ruhr (RVR)
 - Regionale Klimafunktionskarte, RVR (RFNP Themenkarte, Dezember 2009)
 - KlimaFIS
 - Handbuch Stadtklima (2010)
 - Realnutzungskartierung (2015)
 - Atlas der Industriekultur Ruhrgebiet (2005)
 - Emscher Landschaftspark 2010/2020+ (2005 / 2014)
- LVR / LWL (Landschaftverband Rheinland, Landschaftsverband Westfalen-Lippe)
 - Fachbeitrag Kulturlandschaft zum Regionalplan Ruhr, (2014)
- EmscherGenossenschaft
 - Grundwassermodell (2012)
- Regionaler Flächennutzungsplan Städteregion Ruhr (RFNP), Mai 2010, (zuletzt geändert 15.12.2020)

- Stromnetzkarte auf Basis von OSM-Daten: <https://www.flosm.de>
- Stadt Essen
 - Kataster über Altlasten und Flächen mit Bodenbelastungsverdacht der Stadt Essen (aktueller Stand)
 - Landschaftsplan der Stadt Essen (April 1992, zuletzt geändert Juli 2015)
 - Eingriffs- und Ausgleichskataster der Stadt Essen (aktueller Stand)
 - Gutachten zur Verträglichkeit von Störfallbetriebsbereichen im Stadtgebiet Essen unter dem Gesichtspunkt des § 50 BImSchG bzw. der Seveso-III-Richtlinie (Artikel 13), (Oktober 2015)
 - Integriertes Energie- und Klimakonzept der Stadt Essen (2009)
 - Stadt begegnet Klimawandel – Integrierte Strategien für Essen (Juni 2014)
 - Klimaaanalyse Stadt Essen (2002)
 - Überflutungskarte (bezogen auf ein 100jähriges Regenereignis) des Fachbereichs Wasser; Hochwasserrisikokarte

Gutachten

- Stadt Essen (2020): Gutachterliche Einschätzung zur Betroffenheit der Belange des Artenschutzes gem. § 44 BNatSchG. Artenschutzprüfung Stufe 1 – Vorprüfung. Bebauungsplan 10/18 „Levinstraße/Ewald-Dutschke-Straße“. Änderung des Regionalen Flächennutzungsplanes Nr. 39 E in Essen. Umweltbüro Essen vom Januar 2020
- Stadt Essen (2021): Verkehrsgutachten des Büros „TSC Beratende Ingenieure für Verkehrswesen“ vom 15.03.2021

Stand: 14.04.2021